

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

N^o 112.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

34. Jahrgang.
Dienstag, den 16. Mai.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

Der dritte Tag der Monopol-Debatte.

Der Reichstag beendete am Sonnabend die Generaldebatte über das Monopol. Die Verhandlung verlief auch diesmal im Ganzen ruhig. Die Majorität gegen das Monopol hält sich für festbegründet genug, um auch eine so entschieden monopolfreundliche Rede wie diejenige des Herrn v. Böttwarth, ohne Widerspruch aufzunehmen und die Anhänger der Vorlage sind andererseits zu spärlich an Zahl, um die Reden gegen das Monopol anders als mit Schweigen anzuhören.

Der erste Redner war der nationalliberale Abg. Sander (Baden), der Inhaber einer der größten Tabakfabriken Deutschlands. Er begann damit, daß, wenn die Reichseinnahmen erhöht werden sollen, es doch viel näher liege, den Branntwein als einträgliches Steuerobjekt heranzuziehen. Die Kommunen zu entlasten, dazu reiche das Monopol umsoweniger aus, als gerade durch dessen Einführung viele Gewerbetreibende in den Kommunen auf schwerste geschädigt würden. Der Redner bemängelt die Ertragsberechnungen der Vorlage und bestreitet den Vortheil, den die Landwirtschaft angeblich aus dem Monopol ziehen solle. Der Vortheil würde einzig und allein auf Seiten der Monopol-Verwaltung sein. Unbegreiflich sei, warum man nicht die Ergebnisse der Berufsstatistik abgewartet habe, um zu erfahren, wie viele Menschen in Deutschland eigentlich vom Monopol leben. Eine Kommissionsberathung hält Herr Sander für überflüssig; das Schauffement für die republikanische Regierungsform erweist er unter dem Beifall aller Parteien zurück, indem er auf das hohe Pflichtgefühl unseres greisen Kaisers verweist, das sich auch am Freitage wieder bei dem Brande der Ausstellung gezeigt. Eine Nation, die solchen Kaiser hat, brauche keine Republik.

Abg. Frhr. v. Böttwarth (Württemberg) hält die Einführung des Monopols für unausbleiblich. Man würde gegnerischerseits auch nicht so viel Tinte und Papier verschwenden, wenn man nicht das Gefühl hätte, das Monopol werde kommen und müsse kommen. Nicht der Reichskanzler allein wolle das Monopol, in weiten Kreisen sei die Meinung verbreitet, daß die Einführung des Monopols notwendig sei. Noch ehe von dem Monopol die Rede gewesen, hätten ihm einfache Bauern auf dem Lande gesagt, warum die Herren immer auf neue Steuern sinnen, warum sie nicht lieber den Tabak höher besteuerten, es sei doch das Erste, daß man einen solchen Luxus besteuere. Es sei allerdings eine Ungerechtigkeit, wenn man selbst die nothwendigsten Lebensmittel besteuere, und sich scheue, den Tabak zu einer höheren Steuer heranzuziehen; auch habe er nichts dagegen, wenn man den Branntwein zu einer höheren Steuer heranzieht. Sei man im Stande, einen anderen Weg zu bezeichnen, auf dem sich höhere Einnahmen aus dem Tabak erzielen lassen, würde er demselben gern zustimmen. Wenn das Monopol den föderalistischen Charakter des Reichs verletzen könnte, würde die württembergische Regierung ihm sicher nicht zugestimmt haben. Was die Vorlage betrifft, so gehe sie ihm nicht weit genug, namentlich seien die Preise nicht hoch genug. Und was die Einschränkung anlangte, so sei es richtiger 50 Millionen zu viel als 1 Million zu wenig zu zahlen. Bezüglich des Eingriffs in das Privateigentum bemerkt Redner, daß solche Eingriffe in diesem Jahrhundert wiederholt durch die Gesetzgebung geschehen seien. Die Tabakbäuer würden sich unter dem Monopol besser stehen als jetzt. Daß sein Spezialkollege Mayer es wagt, den Militärstaat anzugreifen, habe ihn nicht überrascht, aber befremden müsse es doch, daß er es wagt, die Militärverfassung dem deutschen Reiche anzupfehlen. Das deutsche Reich wolle sich dem Schwerte unseres hochverehrten Feldmarschalls Molke lieber anvertrauen, als dem Schwerte des Herrn Mayer. Daß Herr Mayer, obwohl mit den finanziellen Verhältnissen Württembergs bekannt, Mehreinnahmen des Reiches nicht für nöthig halte, verstehe er nicht. Redner schließt mit der Behauptung, daß diese Frage nicht mehr von der Bildfläche verschwinden werde, bis der Tabak in dem indirekten Steuersystem nicht die erste Stelle einnimmt.

Abg. Frhr. v. Böhler (konservativ) erklärt sich gegen das Monopol, aber für Verweisung der Vorlage an eine Kommission, indem er ausführt, daß man es hier mit einer Frage von eminenter Bedeutung zu thun habe, und daß diese nicht gründlich genug geprüft werden könne. Er glaube, daß, je weiter sich die Freunde des Monopols in diese Frage einarbeiten werden, desto eher sie zu Gegnern des

Monopols werden würden. Er und ein Theil seiner politischen Freunde seien Gegner des Tabakmonopols, da bei der heutigen Entwicklung dieses Industriezweiges eine volkswirtschaftliche und eine schwere soziale Schädigung die Folge der Einführung des Monopols sein würde. Sie seien ferner dagegen, weil das Monopol die Steuerbelastung zu ungleich auf die Steuerzahler vertheilt und weil sie dafür hielten, daß das Monopol nicht der Weg sei, auf welchem dem Reiche größere Einnahmen zugeführt werden könnten. Redner findet es unbegreiflich, wie man bei der heutigen sozialen Lage an die Einführung des Tabakmonopols denken könne. Was solle denn aus den Leuten werden, wolle man denn das Proletariat noch vermehren. Die Württemberger seien für das Monopol, weil sich dort unter 1000 Einwohnern nur 190 mit dem Tabakbau, in Baden dagegen 900 mit demselben beschäftigten. Vielmehr als das Tabakmonopol würde sich die Branntweinsteuer zur Erzielung größerer Einnahmen eignen, ebenso die Böhrensteuer. Die Reichstabssteuer dürfte seiner Ansicht nach nicht wesentlich erhöht werden, denn dadurch werde die Tabakpflanze sehr belastet werden. Dagegen scheine ihm eine Kombination dieser Steuer mit der Fabrikationssteuer empfehlenswerth. Redner bittet dem Vorschlage auf kommissarische Berathung zuzustimmen.

Als Vertreter der bremischen Interessen spricht der secessionistische Abg. Barth. Seine Rede gehört zu den schärfsten Verurtheilungen der Vorlage, die in der ganzen Debatte gefällt worden sind. Er meint, daß das Projekt nicht die Sachkundigen überzeugen, sondern die Dummen fasziniren solle. Dem Unterstaatssekretär von Mayr wirft er Unkenntniß der Sache und überdies falsche Citate vor. Die Motive des Entwurfs sind ihm Verdrehungen der Wahrheit, Entstellungen der vorzüglichen Resultate, welche die Tabak-Enquete-Kommission von 1878 zu Tage gefördert. Die Motive enthalten kein Wort von den bremischen Interessen, der Haß gegen den Handel und gegen die Hansestädte durchzieht das ganze Gesetz. Diese scharfe Kritik will freilich der Unterstaatssekretär v. Mayr, der Herrn Barth antwortet, nicht gelten lassen, er weiß sich, wie er erklärt, völlig frei von jeder Animosität gegen die Hansestädte und er hält dafür, daß sich die Interessen Bremens und Hamburgs ganz gut auch in die Monopolverwaltung einfügen lassen würden.

Als Anhänger des Monopols gerirrt sich auch der konservative Abg. v. Hammerstein. Unter großer Heiterkeit erklärt er, in der bisherigen dreitägigen Debatte noch keine sachlichen Gründe gegen das Monopol vernommen zu haben, was ihn in seiner Ueberzeugung bekräftigt, daß das Monopol die einzige Einnahmequelle sei, aus der das Reich seine Bedürfnisse decken könne. Herrn v. Böttwarth's sozialistische Schwärmereien schrecken ihn nicht. Sozialistisch sei nicht sozialdemokratisch, das erstere könne gesund sein, das letztere sei unter allen Umständen verderblich und verwerflich. Trotz seiner Zustimmung zur Vorlage vertritt aber noch dieser Redner die Meinung, daß die Konservativen auf das Monopol verzichten würden, wenn es gelingen sollte, eine andere reichlich fließende Einnahmequelle ausfindig zu machen.

Damit war die Generaldebatte geschlossen. Als Mitunterzeichner des Antrages der Fortschrittspartei gegen kommissarische Berathung der Vorlage erhält das Schlußwort der Abg. Richter (Hagen). Eine sachlich eingehende Kritik der Vorlage will er in diesem Stadium der Berathung nicht geben, er beschränkt sich darauf, das ganze Regierungssystem zu charakterisiren, aus welchem die, nach seiner Meinung, geradezu beleidigende Zumuthung an die Volksvertretung gelangen konnte, ein solches Gesetz zu debattiren. Der Tabak dürfe und könne keine höhere Belastung ertragen, als ihm durch die erhöhte Steuer von 1879 aufgebürdet worden. Damals habe man allgemein geglaubt, daß nun ein Ruhepunkt eingetreten sei. Wenn es erst ans Verstaatlichen ginge, warum dann nicht auch der Großgrundbesitz verstaatlicht werden solle, wie dies Herr v. Böttwarth verlangt. Wenn wir in den Sozialismus hineintreiben, dann ist einzig und allein der Kanzler schuld daran, und er kann höchstens die Entschuldigung für sich geltend machen, daß er keine Ahnung von dem Unheil hat, welches er anstiftet. Die Rede Windthorst's beweise, daß auch die Wähler des Zentrums nichts vom Monopol wissen wollten, und daß das Zentrum sogar eine Erhöhung der bestehenden Tabakgewichts-Steuer entschieden perhorreszire. Es sei dringend nöthwendig, daß durch eine

formulirte Erklärung des Reichstags alle Beunruhigung der Tabakindustrie mit einem Schlage aufhöre, und dazu eigne sich der fortschrittliche Antrag am besten. Daß das Monopol nicht von der Bildfläche verschwinde, dafür würden schon die Württemberger sorgen, die bereits vor 10 Jahren dies Projekt gehegt und gepflegt hätten, damit aber erst in dem Augenblick Beunruhigung verbreiteten, als Fürst Bismarck sich des Gedankens väterlich annahm. Der Redner, dessen Ausführungen zum Theil in eine höchst drastische, Beifall und Widerspruch weckende Form gekleidet sind, bekämpft zum Schluß sehr lebhaft den Vorschlag einer kommissarischen Berathung des Entwurfs. Von einer solchen Berathung verspricht er sich nicht die geringsten Vortheile, wohl aber würde dadurch eine unnöthige Verlängerung der Session bewirkt werden. Seine Partei werde sich von der Kommission allerdings nicht ausschließen, aber heute schon könne er erklären, daß nach Ablehnung des § 1 diese sich an den weiteren eventuellen Beschlüssen nicht betheiligen werde. Wir wollen dann mit dieser Materie nichts mehr zu thun haben. Bei dieser Vorlage entsteht die Frage: Giebt es neben dem Willen des Reichskanzlers noch einen selbständigen Willen, der sich Geltung zu verschaffen weiß? An dieser Monopolfrage muß der Wille des Kanzlers sich brechen. Dazu ist dieses Projekt geeignet und darum entscheiden wir in dieser Vorlage über vieles mehr, als über das Monopol. Thun wir das nicht, dann weiß Niemand mehr, was uns bevorsteht, dann werden die Projekte immer umfassender oder beunruhigender werden. (Beifall links; Rufen rechts.) — In namentlicher Abstimmung beschließt das Haus sodann mit 162 gegen 121 Stimmen die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Tageschau.

Freiberg, 15. Mai.

Dem Kaiser Wilhelm sind anlässlich der Geburt eines prinziplichen Urenkels aus allen Landestheilen von Privatpersonen, wie von Korporationen die herzlichsten Glückwünsche zugegangen; u. A. eine telegraphische Gratulation des Provinziallandtags von Ostpreußen, der Kommunal-Landstände des Regierungsbezirks Kassel, wie der Städte Köln und Kassel. Dieselben berührten als ein erneuter Beweis der Theilnahme des landesväterliche Herz des Kaisers auf's Freudigste. — Bei dem Brande der Berliner Hygiene-Ausstellung am Freitage sind u. A. verbrannt: die Ausstellung des preussischen Kriegsministeriums, 8 Krankenwagen u. c., die Kollektivausstellung des Handelsministeriums (Modelle und Pläne sanitärer Einrichtungen); größtentheils verbrannt ist die Ausstellung des Justizministeriums (Gefängnis-Einrichtungen u. c.), des Kultus- und des Arbeitsministeriums. Verbrannt ist die Ausstellung des württembergischen Ministeriums, die der Stadt Wien (höchst werthvolle Modelle und Pläne), größtentheils die von Budapest. Ferner sind verbrannt die Pläne von Schlachthäusern von Breslau, München, Hannover u. c., die ganze Gruppe 10. (Wohn-Einrichtungen), Gruppe 9 (Schuleinrichtungen), 19 (Toilettegegenstände, Hautpflege). Ferner die Löschvorrichtungen mit Ausnahme der Berliner, die Ausstellung für Rettung aus Wasser-Gefahr, veranstaltet von der Deutschen Seewarte und der Deutschen Gesellschaft für Handel und Schifffahrt in Hamburg. Verbrannt sind ferner sämtliche Konerven, Nahrungsmittel, Weine u. s. w. und die ganze Kollektiv-Ausstellung der Bergwerksverwaltungen. Verschonnt blieben unter Anderem in den Bögen der Stadtbahn die Kollektivausstellung des österreichischen Kriegsministeriums, zwei Krankenwagen des preussischen Kriegsministeriums, zwei Kranken-Eisenbahnwagen, während die auf den Geleisen der Lehrter Bahn stehenden Kranken-Eisenbahnwagen verbrannt sind. Verschonnt ist ferner die Ausstellung der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger. Das Komitee hat beschlossen, die Ausstellung nicht aufzugeben, sondern sie zu einem späteren, noch zu bestimmenden Zeitpunkt in's Leben treten zu lassen. Das Nähere sollte in einer Ausschuss-Sitzung, an welcher der Kronprinz theilnehmen wollte, beschlossen werden. — Dem Vorsitzenden des Komitees für die Hygiene-Ausstellung, Wirklichen Geheimen Rath Hobrecht, ist seitens des Herrn Heinrich Quistorp die Mittheilung gemacht worden, daß er die großartigen Ausstellungs-räume der Germania in Westend der verbliebenen Hygiene-Ausstellung zur sofortigen Verfügung stelle. — Der „Post“ zufolge sagte der Oberfeuermann Lichtenstein bei seiner Vernehmung durch den Polizeipräsidenten Madai